Stand: 15.12.2025 21:53:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9896

"Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen II: Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9896 vom 03.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11747 des SO vom 02.06.2016
3. Beschluss des Plenums 17/12399 vom 07.07.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 07.07.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 03.02.2016 **Drucksache 17/9896**

Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Martina Fehlner SPD**

Arm sein im reichen Bayern –
Probleme und Lösungen II:
Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2014“ zu ziehen.

In diesem Zusammenhang hat sie im Bundesrat dafür einzutreten, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen wirkungsvoll unterbunden wird. Die Staatsregierung unterstützt dazu gesetzgeberische Vorhaben, die folgende Eckpunkte beinhalten:

1. Eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten für Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer, von der durch Tarifverträge abgewichen werden kann;
2. Einen Anspruch auf Gleichstellung von Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern gegenüber der Stammbelegschaft hinsichtlich des Arbeitsentgelts nach neun Monaten, soweit tarifvertraglich keine anderen Fristen für die Heranführung des Arbeitsentgelts an „Equal Pay“ vorgesehen sind;
3. Ein Verbot, Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer als Streikbrecher einzusetzen;
4. Die Festlegung klarer Kriterien für die Abgrenzung von Werk- und Dienstverträgen gegenüber normalen Arbeitsverträgen;
5. Die Berücksichtigung von Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern bei der betrieblichen Mitbestimmung;
6. Eine Informationspflicht gegenüber den Betriebsräten zum Einsatz von Werkvertragsnehmerinnen und –nehmern;
7. Eine wirksame Kontrolle von Werkverträgen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit und die Arbeitsschutzbehörden;

Begründung:

Die Arbeitnehmerüberlassung bietet der Wirtschaft die Möglichkeit, auf Auftragsspitzen flexibel mit höherem Personaleinsatz zu reagieren. Für Arbeitslose stellt sie eine Chance dar, sich kurzfristig bei einem neuen Arbeitgeber zu beweisen und langfristig den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden. Diese positiven Effekte dürfen jedoch nicht über die offensichtlichen Probleme hinwegtäuschen, die im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung bestehen. Für die Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer ist die Arbeitnehmerüberlassung mit Unsicherheit verbunden. Zudem werden Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeiter, trotz vergleichbarer Arbeitsleistung, auch bei langfristigen Einsätzen zu schlechteren Konditionen beschäftigt und geringer entlohnt als die Stammbelegschaft. Gemäß dem „Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2014“ des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS) findet sich Arbeitnehmerüberlassung hauptsächlich bei jungen Menschen und Geringqualifizierten (vgl. StMAS (Hrsg.): „Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2014“, München, 2015, S. 152). Diese Personengruppen sind in überdurchschnittlichem Ausmaß von Armutsgefährdung betroffen, bei Geringqualifizierten verzeichnet der „Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2014“ für das Jahr 2013 eine Erhöhung der Armutsgefährdung um 7,8 Prozent gegenüber 2006. Durch die Begrenzung der Höchstüberlassungsdauer und den Anspruch auf „Equal Pay“ erhalten die Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeiter mehr Sicherheit sowie eine bessere Bezahlung, so dass das Risiko in Armut abzurutschen abgemildert wird. Im Bereich der Werkverträge umgehen einige Arbeitgeber mittels geschickter Vertragskonstruktionen arbeitsrechtliche Mindeststandards. Auf den Schultern der Werkvertragsarbeitnehmer wird Lohndumping betrieben, in einigen Fällen, vor allem aus der Fleischindustrie, wird von Zuständen berichtet, die als „Lohnsklaverei“ bezeichnet werden können. Diesen Missständen kann mit klaren gesetzlichen Regelungen, wirksamen Kontrollen, Transparenz gegenüber den Betriebsräten und einer Stärkung der Tarifbindung entgegengewirkt werden. Sowohl bei der Neuregelung der Arbeitnehmerüberlassung als auch bei den Klarstellungen zu Werkverträgen ist die Tarifautonomie zu achten. Laut dem „Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2014“ des StMAS ist die Anzahl der bayerischen Betriebe mit Tarifvertrag in den Jahren 2001 bis 2013 von 50 Prozent auf 30 Prozent deutlich gesunken, der Anteil von Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag ging von 70 Prozent auf 59 Prozent zurück“ (siehe: ebd, S. 14).

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Durch die vorgesehenen Gestaltungsmöglichkeiten für die Tarifparteien wird der Tarifflucht entgegengewirkt und ein Anreiz für die Rückkehr zur Tarifbindung gesetzt. Dadurch sind eine Steigerung des Gehaltsniveaus und fairere Arbeitsbedingungen zu erwarten. Die Staatsregierung ist in der Verantwortung, auf Bundesebene konstruktiv an einer Beseitigung der Missstände und Ungleichbehandlungen mitzuwirken und sich für die Umsetzung der oben genannten Eckpunkte einzusetzen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.06.2016 **Drucksache** 17/**11747**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Drs. 17/**9896**

Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen II: Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 21. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 113. Sitzung am 2. Juni 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Enthaltung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.07.2016 **Drucksache** 17/**12399**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Martina Fehlner SPD**

Drs. 17/**9896**, 17/**11747**

Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen II: Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit **Tagesordnungspunkt 5** fort:

Abstimmung
über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Die in der Anlage an Nummer 1 stehende Subsidiaritätsangelegenheit hat der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 5. Juli 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt. Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu **Tagesordnungspunkt 3** zurück. Bei der Übergabe der Sitzungsleitung ist verloren gegangen, dass wir über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3 noch nicht abgestimmt haben. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Professor Dr. Piazolo und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Vielfalt des lokalen Hörfunks und regionalen Journalismus nachhaltig unterstützen!" auf Drucksache 17/10800. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die

FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Tagesordnungspunkt 3 ist endgültig erledigt.

Jetzt kann ich Ihnen schon das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 17/9548 bekannt geben: Mit Ja haben 85 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Rundfunkstaatsvertrags, des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drucksachen 17/11340 und 17/11820 ihre Erledigung gefunden.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten
COM(2016) 287 final
BR-Drs. 288/16
Drs. 17/12102, 17/12327(E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2016 (Vf. 8-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 21 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 25. Februar 2010 (GVBl. S. 66, BayRS 753-1-U), das zuletzt durch Art. 9 a Abs. 12 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 458) geändert worden ist
Drs. 17/12162 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einspeisungsverpflichtung in Kabelnetze beibehalten
Drs. 17/7404, 17/12111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. CSU
Regionalen Rundfunk im digitalen Zeitalter stärken
Drs. 17/11339, 17/12113 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Männer in Bayerns Kindertagesstätten
Drs. 17/9922, 17/12156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitätsstandards für das Signet „Bayern barrierefrei − Wir sind dabei!“ festlegen
Drs. 17/10155, 17/12120 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Inge Aures, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Für ein zukunftsfähiges Oberfranken − ICE-Systemhalt in Coburg ein Muss
Drs. 17/10430, 17/12114 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Evaluation der bayerischen Technologieförderung
Drs. 17/10992, 17/12116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU
Sicherung von Öffnungszeiten für gastronomische Freischankflächen
Drs. 17/11163, 17/12255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Situation der Osteopathie
Drs. 17/11210, 17/12119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Landraub („Landgrabbing“) in bayerischen Partnerregionen bekämpfen
Drs. 17/11213, 17/12174 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Effektiver Lärmschutz der bayerischen Bevölkerung sicherstellen
Drs. 17/11417, 17/12124 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Ermittlungen zu illegalen Ablagerungen im Schotterwerk Aub
Drs. 17/11499, 17/12125 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über mutmaßlich illegale Abfallentsorgung und sonstige Umweltverschmutzungen beim Schotterwerk Aub
Drs. 17/11544, 17/12126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Illegale Abfallbeseitigung im Landkreis Würzburg
Drs. 17/11567, 17/12127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz – systematische Blockaden durchbrechen
Drs. 17/11591, 17/12117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Armut in Bayern endlich wirksam bekämpfen
Drs. 17/8987, 17/11745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen II: Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen
Drs. 17/9896, 17/11747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen III: Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten!
Drs. 17/9897, 17/11599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen IV: Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Betreuungsinfrastruktur anpassen!
Drs. 17/9898, 17/11748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen V: Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen verbessern!
Drs. 17/9899, 17/11973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen VI: Kindergrundsicherung zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche etablieren!
Drs. 17/9900, 17/11749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen VII: Kommunale Präventionsketten zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche!
Drs. 17/9901, 17/11873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen VIII: Verbesserung der sozioökonomischen Lage von Menschen mit Behinderung durch Erhöhung der Ausgleichsabgabe
Drs. 17/9902, 17/12121 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen IX: Verbesserung der beruflichen Situation von Menschen mit einer psychischen Behinderung
Drs. 17/9903, 17/12122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen X: Barrierefreier Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung
Drs. 17/9904, 17/12155 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Arm sein im reichen Bayern − Probleme und Lösungen XI: Angebote für Eltern von Kindern mit Behinderung
Drs. 17/9905, 17/12123 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung II: Alleinerziehende durch Teilzeitausbildung besser fördern
Drs. 17/10915, 17/11947 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung III: Altersarmut vermeiden
Drs. 17/10916, 17/12007 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	Z

30. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung IV: Bedarf an Wohnraum für Lehrlinge und Auszubildende sichern
Drs. 17/10917, 17/11948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Sozialberichterstattung V: Obdachlosigkeit bekämpfen
Drs. 17/10918, 17/12008 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH